

den ordentlichen Gerichten im Wege einer "Petition of right" oder eine Klage vor dem War Compensation Court für aussichtslos. Er kommt infolgedessen zu dem Ergebnis, daß der nationale Rechtsweg erschöpft war.

v. Tabouillot.

Entscheidungen nationaler Gerichte in völkerrechtlichen Fragen

Vereinigte Staaten von Amerika

Bericht

In der Entscheidung *Cook v. United States. The Mazel Tov*, 288 US. 102, 53 S.Ct. 305 (1933), behandelt das Oberste Bundesgericht das Recht der amerikanischen Behörden zur **Durchsuchung und Beschlagnahme** von des Alkoholschmuggels verdächtigen **Schiffen außerhalb der amerikanischen Territorialgewässer** und die **Abänderung vertraglich gebotenen Landesrechts durch späteres Landesgesetz**.

Nach § 581 des amerikanischen Zolltarifgesetzes von 1930, der den gleichen Paragraphen des Zolltarifgesetzes von 1922 wörtlich wiederholt, können Schiffe innerhalb einer Zwölfmeilenzone durch die US. Coast Guard angehalten, durchsucht und bei Verdacht der Verletzung amerikanischer Gesetze beschlagnahmt werden. Der amerikanisch-britische Vertrag zur Verhütung des Alkoholschmuggels vom 23. Januar 1924 dagegen legt als äußerste Grenze, bis zu welcher die amerikanischen Behörden das ihnen vertraglich eingeräumte Recht zur Durchsuchung und Beschlagnahme eines des Alkoholschmuggels verdächtigen britischen Schiffes außerhalb der als amerikanisches Territorialgewässer anerkannten Dreimeilenzone ausüben dürfen, den Punkt fest, den das verdächtige Schiff innerhalb einer Stunde von der Küste aus erreichen kann. Die »Mazel Tov«, ein britisches Schiff mit einer Höchstgeschwindigkeit von zehn Stundenmeilen, war am 1. November 1930 11½ Meilen von der amerikanischen Küste entfernt wegen des Verdachtes des Alkoholschmuggels beschlagnahmt worden. Das Gericht erklärt die Beschlagnahme für unzulässig aus folgenden Gründen. Der amerikanisch-britische Vertrag von 1924 regelt nach Wortlaut und Vorgeschichte die Durchsuchung und Beschlagnahme von des Alkoholschmuggels verdächtigen britischen Schiffen durch die amerikanischen Behörden außerhalb der Dreimeilenzone erschöpfend. Der § 581 des Zolltarifgesetzes von 1922 sei, insoweit er mit den Bestimmungen des Vertrages von 1924 nicht in Einklang stehe, *durch die Vorschriften dieses eines Ausführungsgesetzes nicht bedürftigen Vertrages als des späteren Landesgesetzes ersetzt* worden. Die Übernahme des § 581 des Zolltarifgesetzes von 1922 in das Zolltarifgesetz von 1930 sei auf die landesrechtliche Fortgeltung des Vertrages von 1924 ohne Einfluß. *Ein Vertrag gelte als landesrechtlich durch späteres Gesetz aufgehoben oder abgeändert nur*

dann, *wenn diese Absicht vom Gesetzgeber klar zum Ausdruck gebracht sei*. Das sei hier nicht der Fall.

Der Entscheidung kommt nicht geringe praktische Bedeutung zu, da die Vereinigten Staaten mit 15 weiteren Staaten entsprechende Verträge über die Verhütung des Alkoholschmuggels abgeschlossen haben ¹⁾, Verträge, die durch die Aufhebung des XVIII. Zusatzartikels zur Verfassung der Vereinigten Staaten keineswegs gegenstandslos geworden sind ²⁾. Im übrigen ist die Entscheidung charakteristisch für die grundsätzliche Haltung des Gerichtshofes in bezug auf die Abänderung vertraglich gebotenen Landesrechts durch späteres Landesgesetz: Zwar gilt der Satz, daß bei Widerspruch zweier Normen die spätere Norm der früheren vorgeht, auch im Verhältnis von self-executing treaty und Act of Congress, aber die Absicht, eine der völkerrechtlichen Bindung des Staates zuwiderlaufende Landesrechtsnorm zu erlassen, kann dem Gesetzgeber vom Gericht nicht leichthin zugeschrieben werden, da die Ehre des Staates involviert ist.

In früheren Entscheidungen hat der Gerichtshof dies so formuliert:

“While the... Act, being later, must control in case of conflict, it should be harmonized with the letter and spirit of the treaty so far as that reasonably can be done, since an intention to alter, and, pro tanto, abrogate, the treaty, is not to be lightly attributed to Congress” (United States v. Payne, 264 U. S. 446, 448, 44 S. Ct. 352, 68 L. Ed. 782). “Aside from the duty imposed by the Constitution to respect treaty stipulations when they become the subject of judicial proceedings, the court cannot be unmindful of the fact, that the honor of the government and people of the United States is involved in every inquiry whether rights secured by such stipulations shall be recognized and protected. And it would be wanting in proper respect for the intelligence and patriotism of a co-ordinate department of the government were it to doubt, for a moment, that these considerations were present in the minds of its members when the legislation in question was enacted” (Chew Heong v. United States, 112 U. S. 536, 540, 5 S. Ct. 255, 28 L. Ed. 770).

Daß sich die Seegerichtsbarkeit der Vereinigten Staaten auf die **Bestrafung von an Bord amerikanischer Schiffe in fremden Territorialgewässern begangenen Verbrechen** erstreckt, erklärt das Oberste Bundesgericht in der Entscheidung United States v. Flores, 289 U. S. 137, 53 S. Ct. 580 (1933).

Flores, ein amerikanischer Bürger, hatte einen andern amerikanischen Bürger an Bord eines amerikanischen Schiffes ermordet, als dieses auf dem Kongo 250 Meilen flußaufwärts seine Ladung löschte. Bei

¹⁾ (1933—34) 2 George Washington Law Review 75, 76.

²⁾ E. D. Dickinson, The Effect of Prohibition Repeal upon the Liquor Treaties. (1934) 28 American Journal of International Law 101.

Rückkehr nach den Vereinigten Staaten wurde vor dem District Court for Eastern Pennsylvania gegen den Täter Anklage erhoben wegen Mordes, begangen "within the admiralty and maritime jurisdiction of the United States". Dieses Gericht erklärte sich dem Einwand des Angeschuldigten entsprechend für unzuständig. Das Oberste Bundesgericht hebt die Entscheidung auf. Die Bestimmung des Art. I § 8 der Bundesverfassung, wonach der Kongreß die Befugnis haben soll, Bestimmungen über Seeräuberei und auf hoher See begangene Verbrechen und über deren Bestrafung zu treffen, stelle keine Einschränkung der Bestimmung des Art. III § 2 der Verfassung dar, wonach die Gerichtsgewalt der Vereinigten Staaten sich auf alle Fälle der Seegerichtsbarkeit erstreckt. Die *Seegerichtsbarkeit* der Vereinigten Staaten *erstrecke sich* vielmehr auch *auf die Bestrafung von an Bord amerikanischer Schiffe in fremden Territorialgewässern begangenen Verbrechen*. Die Berufung auf das strafrechtliche Territorialitätsprinzip sei abwegig.

"It is true that the criminal jurisdiction of the United States is in general based on the territorial principle, and criminal statutes of the United States are not by implication given an extraterritorial effect. But that principle has never been thought to be applicable to a merchant vessel which, for purposes of the jurisdiction of the courts of the sovereignty whose flag it flies to punish crimes committed upon it, is deemed to be a part of the territory of that sovereignty, and not to lose that character when in navigable waters within the territorial limits of another sovereignty."

Die Frage der konkurrierenden Gerichtsbarkeit des Uferstaates und ihres etwaigen Vorranges sei im vorliegenden Falle nicht aufgeworfen.

"In the absence of any controlling treaty provision, and any assertion of jurisdiction by the territorial sovereign, it is the duty of the courts of the United States to apply to offenses committed by its citizens on vessels flying its flag, its own statutes, interpreted in the light of recognized principles of international law."

Die Straftat unterliege also der Seegerichtsbarkeit der Vereinigten Staaten und der Aburteilung durch die Bundesgerichte.

Die Entscheidung stützt sich namentlich auf *United States v. Rogers*, 150 U. S. 264, 14 S. Ct. 109, 37 L. Ed. 1071.

Eine bedeutsame **Auslegung der Auslieferungsverträge der Vereinigten Staaten** gibt das Oberste Bundesgericht in der Entscheidung *Factor v. Laubenheimer*, 54 S. Ct. 191 (1933).

Auf Antrag des britischen Konsuls war Kläger in Illinois in Auslieferungshaft genommen worden gemäß Art. 10 des Webster-Ashburton-Vertrages von 1842 in Verbindung mit dem Blaine-Pauncefote-Abkommen von 1889. Der Antrag auf Auslieferung war damit begründet, daß Kläger in London von der Broadstreet Press Limited bestimmte Geldsummen angenommen habe "knowing the same to have been fraudulently obtained". Der zuständige District Court hatte auf Ansuchen

des Klägers seine Entlassung aus der Haft verfügt mit der Begründung, die dem Kläger zur Last gelegte Tat falle nicht unter die angeführten Vertragsbestimmungen, da sie nach dem Recht des Staates Illinois nicht strafbar sei. Der Circuit Court of Appeals hatte die Entscheidung des District Court mit der Begründung aufgehoben, daß die Tat nach der Entscheidung Kelly v. Griffin, 241 U. S. 6, 36 S. Ct. 487, 60 L. ed. 861 als in Illinois strafbare Handlung anzusehen sei. Das Oberste Bundesgericht, bei dem der Kläger das Rechtsmittel des Certiorari eingelegt hatte, bestätigt die Aufhebung.

Die Frage, die in den Entscheidungen der Vorinstanzen und in der Rechtsmittelbegründung des Klägers im Vordergrund gestanden hatte, nämlich ob die dem Kläger zur Last gelegte Tat nach dem Recht des Staates Illinois eine strafbare Handlung darstellt, übergeht das Gericht stillschweigend — es scheint sie implicite in Umstoßung der Entscheidung Kelly v. Griffin zu verneinen³⁾. — Das Gericht vermeidet auch eine direkte Stellungnahme zu der Behauptung des Klägers, es sei ein allgemeiner Völkerrechtsgrundsatz, daß eine Tat, derentwegen eine Auslieferung erfolgen könne, sowohl in dem die Auslieferung begehrenden Staate als auch am Ort der Ergreifung des Täters als strafbare Handlung gelten müsse, indem es ausführt:

“The principles of international law recognize no right to extradition apart from treaty. While a government may, if agreeable to its own constitution and laws, voluntarily exercise the power to surrender a fugitive from justice to the country from which he has fled, and it has been said that it is under a moral duty to do so (see 1 Moore, Extradition, § 14; Clarke, Extradition [4th Ed.] p. 14), the legal right to demand his extradition and the correlative duty to surrender him to the demanding country exist only when created by treaty . . . To determine the nature and extent of the right we must look to the treaty which created it”.

Demgemäß handelt es sich für das Gericht lediglich um die Auslegung der anzuwendenden Verträge, und zwar nach den für die Auslegung völkerrechtlicher Verträge allgemein maßgeblichen Grundsätzen und nicht, wie Kläger will, im Lichte des von ihm behaupteten Völkerrechtsgrundsatzes.

Das Gericht bemerkt, die auszulegenden *Verträge machten in zwei Fällen die ausdrückliche Einschränkung*, daß die Tat nach dem Recht beider Vertragsparteien strafbar sein müsse, woraus folge, daß diese *Einschränkung für andere Fälle* — so die Tat des Klägers — *nicht gelte*. Auf Art. 10 des Vertrages von 1842 (“Provided, that this shall only be done upon such evidence of criminality as, according to the laws of the place where the fugitive or person so charged shall be found, would

³⁾ (1933—34) 32 Michigan Law Review 418; (1933—34) 2 George Washington Law Review 258; (1934) 34 Columbia Law Review 177.

justify his apprehension and commitment for trial, if the crime or offense had there been committed...") berufe sich Kläger zu Unrecht:

"By the proviso, the observance of the laws of the place of refuge is exacted in apprehending and detaining the fugitive ... It prescribes a method of procedure, in conformity with local law, by which compliance with the obligation of the treaty may be exacted at the place of refuge; and sets up a standard by which to measure the amount of the proof of the offense charged which the treaty requires as prerequisite to extradition. The standard adopted is that which under local law would determine the sufficiency of the evidence to justify the apprehension and commitment 'if the crime or offense had there been committed'."

Hätte Art. 10 daneben den vom Kläger behaupteten Sinn, daß Auslieferung nur erfolgen dürfe, wenn der Tatbestand nach dem Rechte des ersuchten Staates strafbar wäre, so wäre er natürlicherweise im Zusammenhang mit der Aufzählung der auslieferungspflichtigen Tatbestände zum Ausdruck gebracht worden und nicht innerhalb einer dem Verfahren gewidmeten Bestimmung. Aus den ergänzenden Bestimmungen des Abkommens von 1889 ergäbe sich zudem, daß die Parteien offenbar der Klausel nur einen verfahrensrechtlichen Sinn beigelegt hätten. Nun besage ein vom Gericht in ständiger Rechtsprechung anerkannter Auslegungsgrundsatz: "*If a treaty fairly admits of two constructions, one restricting the rights which may be claimed under it, and the other enlarging it, the more liberal construction is to be preferred*". Bei Anwendung dieses Grundsatzes im vorliegenden Falle ergäbe sich unweigerlich die Schlußfolgerung, daß die in Frage stehenden Verträge nach ihrem Wortlaut die Auslieferung des Klägers erheischen, auch wenn die ihm zur Last gelegte Tat in Illinois nicht strafbar wäre.

Diese Auslegung werde gestützt durch die diplomatische Geschichte dieser Verträge. In ihrem Verlauf habe die amerikanische Regierung stets den Standpunkt vertreten, daß die Auslieferung bei Vorliegen der in Art. 10 aufgeführten Tatbestände ohne Rücksicht auf die Strafbarkeit nach dem Rechte des ersuchten Staates zu erfolgen habe. Daß die britische Regierung sich diesem Standpunkt niemals mit Bestimmtheit angeschlossen habe (vom vorliegenden Falle vielleicht abgesehen), sei ohne Belang. "Until a treaty has been denounced, it is the duty of both the government and the courts to sanction the performance of the obligations reciprocal to the rights which the treaty declares and the government asserts even though the other party to it holds to a different view of its meaning".

Eine weitherzige Auslegung werde außerdem nahegelegt durch die Eigenart der Auslieferungsverträge.

"The surrender of a fugitive, duly charged in the country from which he has fled with a nonpolitical offense and one generally recognized as criminal at the place of asylum, involves no impairment of any legitimate public or private interest. The obligation to do what some nations

have done voluntarily, in the interest of justice and friendly international relationships, ... should be construed more liberally than a criminal statute or the technical requirements of criminal procedure".

Alle in den beiden Verträgen genannten Tatbestände seien nicht nur von den Verträgen selbst als Verbrechen bezeichnet, sondern als solche vom Recht beider Staaten angesehen. Selbst der Tatbestand, der dem Kläger zur Last gelegt sei, werde nach dem Recht wenn nicht des Staates Illinois, so doch vieler Einzelstaaten der Union unter verschiedener Bezeichnung bestraft. Das aber genüge.

"Once the contracting parties are satisfied that an identified offense is generally recognized as criminal in both countries there is no occasion for stipulating that extradition shall fail merely because the fugitive may succeed in finding, in the country of refuge, some state, territory or district in which the offense charged is not punishable".

Unzutreffend sei endlich die Behauptung des Klägers, daß nach dem an die Stelle der Auslieferungsverträge von 1842 und 1889 getretenen Dawes-Simon-Auslieferungsvertrag von 1931 die dem Kläger zur Last gelegte Tat kein auslieferungspflichtiger Tatbestand und das nach den früher geltenden Verträgen eingeleitete Verfahren einzustellen sei. Es könne dahingestellt bleiben, ob die vom Kläger im Gegensatz zum Staatsdepartement vertretene Meinung richtig sei, daß der Vertrag von 1931, der zwar in den Vereingten Staaten, aber noch nicht in Großbritannien vorschriftsgemäß proklamiert sei, mit bindender Wirkung für die Vereinigten Staaten in Kraft getreten sei^{3a)}. Der in Art. 3 § 18 dieses Vertrages genannte Tatbestand "receiving any money, valuable security or other property, knowing the same to have been stolen or unlawfully obtained" umfasse bei nicht allzu enger Auslegung die Tat des Klägers ("receiving money knowing the same to have been fraudulently obtained"). Da es sich also um einen nach dem neuen Verträge auslieferungspflichtigen Tatbestand handele, würde die Inkraftsetzung dieses Vertrages und folgeweise die Außerkraftsetzung der früheren Verträge auf den Fortgang des Verfahrens ohne Einfluß sein.

Die drei dissentierenden Richter Butler, Brandeis und Roberts erklären, das Urteil der Vorinstanz hätte aufgehoben werden müssen. Die Tat sei nach dem Rechte von Illinois nicht strafbar. Die Vertragsparteien hätten aus guten Gründen und gemäß allgemeiner Übung stets den Grundsatz vertreten, daß eine Auslieferung nicht zu bewilligen sei, wenn die Tat am Orte des Asyls nicht als strafbare Handlung gelte. Die Ansicht der Mehrheit, daß die Vereinigten Staaten ohne gleiche Bindung Englands in die Auslieferung wegen einer am Orte des Asyls nicht strafbaren Handlung eingewilligt hätten, fände in den Verträgen keine Stütze. Die Bestimmung des Art. 10 schreibe die vom ersuchenden

^{3a)} Nach Ansicht von Hudson, (1934) 28 American Journal of International Law 276 war dies z. Zt. der Entscheidung nicht der Fall.

Staate beizubringenden Beweismittel vor und weise implicite darauf hin, daß keine der Parteien in die Auslieferung wegen Handlungen einwillige, die nach ihrem Recht nicht strafbar wären. Die herangezogene diplomatische Korrespondenz sei zur Stützung der Ansicht der Mehrheit nicht geeignet.

Die Entscheidung ist von weittragender Bedeutung im Hinblick darauf, daß alle Auslieferungsverträge der Vereinigten Staaten eine dem Art. 10 des Vertrages von 1842 entsprechende Bestimmung enthalten ⁴⁾. Die Entscheidung ist ferner eine Bestätigung der bei völkerrechtlichen Verträgen angewandten "liberal construction rule" ⁵⁾, ein Beitrag zur Bildung eines Gemeinen Strafrechts in den Vereinigten Staaten ⁶⁾ und ein Beweis für die neuerdings bemerkbare Tendenz der Vereinigten Staaten ⁷⁾, als ersuchender wie als ersuchter Staat im Interesse der Ahndung insbesondere von Finanzverbrechen (Insull-Fall!) das Auslieferungsrecht weitherzig anzuwenden.

Zu der Frage, ob die **Erhebung von Gebühren für Flußregulierungsbauten** mit dem **amerikanisch-britischen Vertrag vom 9. August 1842** vereinbar ist, nimmt das Oberste Bundesgericht in der Entscheidung *Pigeon River Improvement, Slide & Boom Co. v. Charles W. Cox, Ltd.*, 54 S. Ct. 361 (1934) Stellung.

Klägerin, eine in Minnesota errichtete Gesellschaft, klagt gegen eine kanadische Gesellschaft, die auf dem Pigeon River, einem Grenzfluß zwischen dem Staate Minnesota und der kanadischen Provinz Ontario, die Flößerei betreibt, auf Zahlung von Gebühren für Benutzung ihrer Flußregulierungsbauten unter Berufung auf die ihr vom Staate Minnesota durch Gesetz verliehenen Rechte. Beklagte beruft sich auf den amerikanisch-britischen Vertrag vom 9. August 1842, in dessen Artikel 2 es heißt: "It being understood that all the water communications and all the usual portages along the line from Lake Superior to the Lake of the Woods, and also Grand Portage, from the shore of Lake Superior to the Pigeon River, as now actually used, shall be free and open to the use of the citizens and subjects of both countries." Als Teil der genannten Wasserverbindung müsse der Fluß der Benutzung durch die Staatsangehörigen der Vertragsparteien frei und offen stehen; die Auferlegung von Gebühren sei mit dieser Vertragsbestimmung unvereinbar und durch die von der Klägerin angeführten gesetzlichen Bestimmungen nicht ge-

⁴⁾ (1933—34) 2 *George Washington Law Review* 259.

⁵⁾ (1933—34) 22 *Georgetown Law Journal* 393, n. 10; kritisch Lenoir in (1934) 1 *University of Chicago Law Review* 602, 617, 621 und Hudson l. c. p. 302.

⁶⁾ (1933—34) 32 *Michigan Law Review* 418.

⁷⁾ (1933—34) 2 *George Washington Law Review* 257, 446, 450; (1933—34) 82 *University of Pennsylvania Law Review* 628—633. — Die Tendenz tritt auch bei der Auslieferung zwischen Einzelstaaten der Union in Erscheinung: (1934) 34 *Columbia Law Review* 178.

deckt. Die Vorinstanzen haben die Klage abgewiesen. Das Oberste Bundesgericht hebt auf und verweist zurück. Die Frage sei, wie die Vertragsbestimmung in Bezug auf denjenigen Teil des Flusses auszulegen sei, der zur Zeit des Vertragsschlusses wegen Wasserfällen und Stromschnellen unpassierbar war. Daß die Vertragsparteien die Absicht gehabt hätten, die Regulierung einer nicht schiffbaren Flußstrecke und die Erhebung einer angemessenen Gebühr für deren Benutzung auszuschießen, sei nicht anzunehmen. Immerhin sei die Bestimmung unklar. Es sei daher angebracht, die *Auslegung heranzuziehen, welche die Vertragsparteien der Bestimmung praktisch in ihrem Verhalten gegeben hätten*. Daß der Staat Minnesota die Befugnis habe, für die unter seiner Gebietshoheit stehende Flußstrecke einer Gesellschaft das Recht zur Flußregulierung und Gebührenerhebung zu verleihen, sofern nicht Bundesrecht oder völkerrechtliche Vertragsverpflichtung entgegenstände, sei außer Zweifel. Ob die Flußregulierung im vorliegenden Falle nach dem Gesetz vom 3. März 1899 (30 Stat. 1151) der Genehmigung des Bundes bedürftig hätte, könne unentschieden bleiben, da diese Genehmigung tatsächlich vorliege. Das Bundesgesetz vom 3. März 1901 (31 Stat. 1455) habe nämlich die Gesellschaft zur Regulierung der »Kaskaden« genannten Teilstrecke und zur Erhebung von Gebühren bei der Durchfahrt ausdrücklich ermächtigt, eine Ermächtigung, die nur unter der Voraussetzung eines Einverständnisses mit der vom Staate Minnesota autorisierten Regulierung der anschließenden Flußstrecke einen Sinn gehabt habe. Durch diesen Akt habe der Bundesgesetzgeber, dem man die Absicht der Setzung vertragswidrigen Landesrechts nicht leichthin zuschreiben dürfe, zu erkennen gegeben, daß er diese Flußregulierung und Gebührenerhebung als vereinbar mit dem Vertrage ansehe. Die gleiche Auslegung habe dem Vertrage praktisch der Gesetzgeber von Ontario gegeben, der eine andere Gesellschaft zu entsprechenden Regulierungsarbeiten auf der kanadischen Seite nebst Gebührenerhebung ermächtigt habe; und diese Auslegung habe schließlich die Billigung des Obersten Gerichtshofs von Kanada gefunden. Keine Vertragspartei habe der andern gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß sie in dieser Flußregulierung und Gebührenerhebung eine Vertragsverletzung sehe. Das erkennende Gericht habe keinen Anlaß, von dieser dem Vertrage in der Praxis gegebenen Auslegung abzuweichen.

Mit dieser Entscheidung ist eine Streitfrage auch in den Vereinigten Staaten letztinstanzlich entschieden, welche die amerikanischen und kanadischen Gerichte wiederholt beschäftigt hat. Vgl. Clark v. Pigeon River Improvement, Slide & Boom Company, 52 F. (2d) 550; Arrow River & Tributaries, Slide & Boom Company, Ltd., 66 Ont. L. R. 577, 1932 Can. S. C. R. 495 und Pigeon River Improvement, Slide & Boom Co. v. Charles W. Cox, Ltd., 63 F. (2d) 567.

Die Entscheidung *State of New Jersey v. State of Delaware*, 54 S. Ct. 407 (1934), in welcher das Oberste Bundesgericht die bei der Loslösung von England nicht näher bestimmte Grenze zwischen den genannten Staaten im Delaware-Fluß und in der Delaware-Bai festlegt, ist völkerrechtlich von Interesse wegen der — im zweiten Teil gemachten — Ausführungen über den **Grundsatz des Talweges**.

Ausgehend von der Feststellung, daß für die Grenzziehung die Sätze des Völkerrechts maßgebend seien, sagt das Gericht:

“International law today divides the river boundaries between states by the middle of the main channel, when there is one, and not by the geographical center, halfway between the banks. *Iowa v. Illinois*, 147 U. S. 1, 7, 8, 9, 13 S. Ct. 239, 37 L. Ed. 55; *Keokuk & Hamilton Bridge Co. v. Illinois*, 175 U. S. 626, 631, 20 S. Ct. 205, 44 L. Ed. 299; *Louisiana v. Mississippi*, 202 U. S. 1, 49, 26 S. Ct. 408, 571, 50 L. Ed. 913; *Arkansas v. Tennessee*, 246 U. S. 158, 169, 170, 38 S. Ct. 301, 62 L. Ed. 638, L. R. A. 1918 D, 258; *Arkansas v. Mississippi*, 250 U. S. 39, 39 S. Ct. 422, 63 L. Ed. 832; *Minnesota v. Wisconsin*, 252 U. S. 273, 282, 40 S. Ct. 313, 64 L. Ed. 558. It applies the same doctrine, now known as the doctrine of the “Thalweg”, to estuaries and bays in which the dominant sailing channel can be followed to the sea. . . . The “Thalweg”, or downway, is the track taken by boats in their course down the stream, which is that of the strongest current.”

Gegen die Anwendung dieses von ihm an sich nicht bestrittenen Grundsatzes mache Delaware geltend: 1. in der Bai lägen die physischen Voraussetzungen des Grundsatzes nicht vor, da sie nach allen Richtungen schiffbar sei, zum mindesten sei hier für das Jahr 1783 ein Talweg nicht nachweisbar, daher müsse die geographische Mitte die Grenze bilden; 2. im anschließenden Teil des Flußlaufes müsse trotz Vorhandenseins eines Talweges aus Zweckmäßigkeitsgründen ebenfalls die geographische Mitte als Grenze angenommen werden, um eine scharfe plötzliche Biegung beim Eintritt des Flusses in die Bai zu vermeiden.

Dem Argument der mangelnden physischen Voraussetzungen für die Anwendung des Grundsatzes des Talweges auf die Bai sei durch die wohlbegründeten tatsächlichen Feststellungen des vom Gericht ernannten Special Master, der bereits für 1756 einen Talweg im Fluß und in der Bai nachweise, der Boden entzogen.

In eingehenden Darlegungen rechtfertigt das Gericht, daß es im vorliegenden Falle den *Grundsatz des Talweges anwendet, obwohl dieser* — ein Argument, dessen sich Delaware übrigens nicht bedient hatte — *um 1783 noch nicht genau feststand*:

“The underlying rationale of the doctrine of the Thalweg is one of equality and justice . . . If the dividing line were to be placed in the centre of the stream rather than in the centre of the channel, the whole track of navigation might be thrown within the territory of one state to the exclusion of the other. . . .

The commentators tell us of times when the doctrine of the Thalweg

was still unknown or undeveloped. Anciently, we are informed, there was a principle of co-dominion by which boundary streams to their entire width were held in common ownership by the proprietors on either side (1 Hyde, *International Law*, p. 243, §137). Then, with Grotius and Vattel, came the notion of equality of division (Nys, *Droit International*, vol. 1, pp. 425, 426; Hyde, *supra*, p. 244, citing Grotius, *De Jure Belli et Pacis*, and Vattel, *Law of Nations*), though how this was to be attained was still indefinite and uncertain, as the citations from Grotius and Vattel show. Finally, about the end of the eighteenth century, the formula acquired precision, the middle of the "stream" becoming the middle of the "channel". There are statements by the commentators that the term *Thalweg* is to be traced to the Congress of Rastadt in 1797 (Engelhardt, *Du Régime Conventionnel des Fleuves Internationaux*, p. 72; Koch, *Histoire des Traités de Paix*, vol. 5, p. 156), and the Treaty of Lunéville in 1801. Hyde, *supra*, pp. 245, 246; Kaeckenbeck, *International Rivers*, p. 176; Adami, *National Frontiers*, translated by Behrens, p. 17.) If the term was then new, the notion of equality was not. There are treaties before the Peace of Lunéville in which the boundary is described as the middle of the channel, though, it seems, without thought that in this there was an innovation, or that the meaning would have been different if the boundary had been declared to follow the middle of the stream. Hyde, *supra*, p. 246. Thus, in the Treaty of October 27, 1795, between the United States and Spain (Article IV), it is "agreed that the western boundary of the United States which separates them from the Spanish colony of Louisiana is in the middle of the channel or bed of the River Mississippi." Miller, *Treaties and other International Acts of the United States of America*, vol. 2, p. 321. There are other treaties of the same period in which the boundary is described as the middle of the river without further definition, yet this court has held that the phrase was intended to be equivalent to the middle of the channel. *Iowa v. Illinois*, *Arkansas v. Tennessee*, *Arkansas v. Mississippi*, *supra*. See, e. g., the Treaty of 1763 between Great Britain, France and Spain, which calls for "a line drawn along the middle of the River Mississippi". The truth plainly is that a rule was in the making which was to give fixity and precision to what had been indefinite and fluid. There was still a margin of uncertainty within which conflicting methods of division were contending for the mastery. Conceivably that is true today in unusual situations of avulsion or erosion. Hyde, *supra*, pp. 246, 247. Even so, there has emerged out of the flux of an era of transition a working principle of division adapted to the needs of the international community. Through varying modes of speech the law has been groping for a formula that will achieve equality in substance, and not equality in name only. Unless prescription or convention has entrenched another rule (1 Westlake, *International Law*, p. 146), we are to utilize the formula that will make equality prevail.

In 1783, when the Revolutionary War was over, Delaware and New Jersey began with a clean slate. There was no treaty or convention fixing the boundary between them. There was no possessory act nor other act of dominion to give to the boundary in bay and river below the circle⁸⁾ a practical location, or to establish a prescriptive right.

⁸⁾ D. i. die im zweiten Teil der Entscheidung behandelte Flußstrecke.

In these circumstances, the capacity of the law to develop and apply a formula consonant with justice and with the political and social needs of the international legal system is not lessened by the fact that at the creation of the boundary the formula of the Thalweg had only a germinal existence. The gap is not so great that adjudication may not fill it. Lauterpacht, *The Function of Law in the International Community*, pp. 52, 60, 70, 85, 100, 110, 111, 255, 404, 432. Treaties almost contemporaneous, which were to be followed by a host of others, were declaratory of a principle that was making its way into the legal order. Hall, *International Law* (7th Ed.) p. 7. International law, or the law that governs between states, has at times, like the common law within states, a twilight existence during which it is hardly distinguishable from morality or justice, till at length the imprimatur of a court attests its jural quality. Lauterpacht, *supra*, pp. 110, 255; Hall, *supra*, pp. 7, 12, 15, 16; Jenks, *The New Jurisprudence*, pp. 11, 12. "The gradual consolidation of opinions and habits" (Vinogradoff, *Custom and Right*, p. 21) has been doing its quiet work.

It is thus with the formula of the Thalweg in its application to the division between Delaware and New Jersey. We apply it to that boundary, which goes back to the Peace of Paris, just as we applied it to the boundary between Illinois and Iowa, which derives from a treaty of 1763 (*Iowa v. Illinois*, *Keokuk & Hamilton Bridge Co. v. Illinois*, *Arkansas v. Tennessee*, *Arkansas v. Mississippi*, *supra*), or to that between Louisiana and Mississippi (202 U. S. 1, 16, 26 S. Ct. 408, 571, 50 L. Ed. 913), which goes back to 1812, or between Minnesota and Wisconsin (252 U. S. 273, 40 S. Ct. 313, 64 L. Ed. 558), going back to 1846."

Nachdem das Gericht sich somit für die Anwendung des Grundsatzes des Talweges auf die Bai entschieden hatte, war die Voraussetzung für das von Delaware in bezug auf die Grenzziehung in der anschließenden Flußstrecke vorgebrachte Zweckmäßigkeitsargument entfallen und daher auch hier der Grundsatz des Talweges der Grenzziehung zugrunde zu legen.

Daß die Meistbegünstigungsklausel eines Vertrages sich nur auf die in diesem Verträge geregelten Materien bezieht, wird vom Obersten Gerichtshof des Staates Washington in der Entscheidung *Lukich v. Department of Labor and Industries*, 29 P. (2d) 388 (1934) ausgesprochen.

Zu entscheiden war die Frage, ob eine nicht in den Vereinigten Staaten wohnhafte jugoslawische Staatsangehörige, deren Ehemann im Staate Washington einen tödlichen Betriebsunfall erlitten hatte, nach dem Workmen's Compensation Act die Unfallentschädigung in voller Höhe oder nur zur Hälfte zu beanspruchen habe. Das Gesetz bestimmt u. a.: "Except as otherwise provided by treaty, whenever under the provisions of this act, compensation is payable to a beneficiary or dependent who is an alien not residing in the United States, the department shall pay fifty per centum of the compensation herein other-

wise provided to such beneficiary or dependent." Das amerikanisch-serbische Handels- und Schiffahrtsabkommen vom 27. Dezember 1882, auf das sich die Klägerin gestützt hatte, sieht in Art. 1 u. a. vor: "In like manner in all that relates to local taxes, customs, formalities, brokerage, patterns or samples introduced by commercial travellers, and all other matters connected with trade, citizens of the United States in Serbia and Serbian subjects in the United States shall enjoy the treatment of the most favored nation, and all the rights, privileges, exemptions and immunities of any kind enjoyed with respect to commerce and industry by the citizens or subjects of the high contracting parties, or which are or may be hereafter conceded to the subjects of any third power, shall be extended to the citizens or subjects of the other." In Anwendung der Meistbegünstigungsklausel dieses Abkommens hatte die Vorinstanz der Klägerin die volle Entschädigung zugesprochen, da mehrere neue Verträge der Vereinigten Staaten eine Bestimmung enthalten, nach welcher eine Person in der Lage der Klägerin die vollen Bezüge gemäß dem Workmen's Compensation Act beanspruchen könnte. Gegen diese Entscheidung legte die Behörde Berufung ein mit der Begründung, das Anwendungsgebiet der Meistbegünstigungsklausel des amerikanisch-serbischen Handels- und Schiffahrtsabkommens dürfe durch eine in Freundschafts-, Handels- und Konsularverträgen enthaltene Klausel nicht erweitert werden. Der Oberste Gerichtshof hebt auf und verweist zurück. Er nimmt — ohne nähere Begründung, anscheinend wie auch die Vorinstanz — die *Weitergeltung des 1882 mit Serbien abgeschlossenen Abkommens im Verhältnis mit Jugoslawien* an. Dieses Abkommen nehme ausdrücklich auf Handel und Schiffahrt Bezug und befasse sich lediglich mit dieser Materie. Es finde sich keine Bestimmung, die irgend einen Zusammenhang mit arbeitsrechtlichen Fragen habe. Vorteile aus Verträgen allgemeiner Natur könnten auf Grund der Meistbegünstigungsklausel dieses auf eine bestimmte Materie beschränkten Abkommens, bei dessen Abschluß die Parteien an arbeitsrechtliche Ansprüche wie den vorliegenden nicht gedacht hätten, nicht beansprucht werden.

Den Satz: "*The effect of the 'most favored nation' clause is limited to such matters as are the subject-matter of the particular treaty in which the clause is contained*" kann das Gericht auf eine Reihe von Präjudizien stützen, u. a. auf die (in dieser Zeitschrift Bd. I, 2, S. 248 f. abgedruckte) Entscheidung *In re Clausen's Estate*, 202 Cal. 267, 259 P. 1094. Er wird auch in der Literatur anerkannt⁹⁾.

Den Umfang der Vertretungsmacht eines Ministers des Auswärtigen

⁹⁾ Vgl. Bonhoeffer, Die Meistbegünstigung im modernen Völkerrecht, Berlin 1930, S. 55 f.; N. Ito, La clause de la Nation la plus favorisée, Paris 1930, S. 139 ff.; Ebner, La clause de la Nation la plus favorisée, Paris 1931, S. 136.

und die Abtretung von Forderungen gemäß dem Briefwechsel zwischen Präsident Roosevelt und Volkskommissar Litvinov vom 16. November 1933¹⁰⁾ behandelt ein mittleres Bundesgericht, der Circuit Court of Appeals, Second Circuit, in der Entscheidung *State of Russia v. National City Bank of New York*, 69 F. (2d) 44 (1934).

Der Vertreter der Russischen Provisorischen Regierung, Finanzattaché Ughet, hatte namens des russischen Staates auf Auszahlung eines Bankguthabens geklagt und gegen das die Klage abweisende Urteil vom 11. Oktober 1933 am 14. Oktober 1933 Berufung eingelegt. Am 15. November 1933 zederte er diese Forderung den Vereinigten Staaten. Am 16. November 1933 nahm der Präsident der Vereinigten Staaten die diplomatischen Beziehungen mit der Regierung der USSR. als de jure-Regierung von Rußland auf. Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten der USSR., Litvinov, zederte alsbald die strittige Forderung der Regierung der Vereinigten Staaten und bestätigte somit die Abtretung der Forderung durch Ughet. Die Vereinigten Staaten als Zessionar beantragen nunmehr ihre Zulassung als Berufungskläger. Die beklagte Bank wendet ein, die Zession durch Ughet und Litvinov sei unwirksam, für die Zulassung der Vereinigten Staaten sei eine "petition in the nature of a supplemental bill in the District Court" erforderlich, schließlich sei in dem Briefwechsel zwischen Roosevelt und Litvinov vom 16. November 1933 ein Verzicht auf die Weiterverfolgung des Anspruches enthalten.

Das Gericht stellt die Wirksamkeit der Zession fest, da sie im Rahmen der Vertretungsmacht eines Ministers des Auswärtigen erfolgt und vom Präsidenten im Rahmen seiner Zuständigkeit zur Führung der auswärtigen Politik angenommen sei.

"While no authority has been found, respecting the principle of public international law or national policy, which conflicts with the recognition in the minister for foreign affairs of a nation of the power to alienate the proprietary rights or interests of his nation by the execution of an assignment in his name, still there are here sufficient reasons upon which we may conclude presumptively that he had such powers.

As to the authority of Foreign Commissar Litvinoff to make the assignment on behalf of his government, there is a presumption of authority in his designation, recognition, and the President's acceptance of the assignment. It is a matter of political action in foreign affairs, and the question of who represents and acts for a sovereign or nation in its relation to the United States is determined, not by the Judicial Department, but exclusively by the political branch of the government. *Lehigh V. R. Co. v. State of Russia*, 21 F. (2d) 396, *Doe ex dem. Clark v. Braden*, 16 How. 635, 636, 14 L. Ed. 1090; *Hyde on International Law*, Vol. 1, p. 368; *Terlinden v. Ames*, 184 U. S. 270, 288, 22 S. Ct. 484, 491, 46 L. Ed. 534.....

¹⁰⁾ Abgedruckt in dieser Zeitschrift Bd. IV S. 83 ff.

Our courts must accept the assertion of the government of the United States as to the effect of an assignment. *Jones v. United States*, 137 U. S. 202, 11 S. Ct. 80, 34 L. Ed. 691; *Williams v. Suffolk Ins. Co.*, 13 Pet. 415, 10 L. Ed. 226. Nor is the acceptance of this assignment a treaty in any formal sense. It is clearly within the exclusive powers of the executive and is known as an executive agreement. . . . The President of the United States is intrusted with the right of conducting all negotiations with foreign governments and is the judge of the expediency of instituting, conducting, or terminating such negotiations in respect to claims against foreign governments. Agreements of such adjustment or settlement of such claims are not submitted to the Senate. J. B. Moore, *Treaties and Executive Agreements*, Political Science Quarterly, vol. 20, p. 385; Moore's *International Law Digest*, vol. 5, § 752."

Was den zweiten Einwand der beklagten Bank anlangt, so begnügt sich das Gericht mit der Feststellung: "The authority of the United States of America, after the lawful assignment, to proceed in this court, is fully established. *F. A. Mfg. Co. v. Hayden & Clemons, Inc.*, 273 F. 374 (C. C. A. 1)."

Den dritten Einwand der Beklagten weist das Gericht folgendermaßen zurück:

"The Litvinoff letter refers to "the amounts admitted to be due or that may be found to be due it [the Soviet Government] . . . from American nationals", and states that the Soviet government "will not object to such amounts being assigned and does hereby release and assign all such amounts to the Government of the United States. . . ." This sufficiently, for an assignment, covers the claim alleged to be due, the subject of the appellant's suit. The acknowledgment of the Soviet government further was "not to make any claim with respect to: (a) judgments rendered or that may be rendered by American courts. . . ." This phrase does not mean that the United States shall not continue an appeal already taken from the decree below. The appeal of the cause of action in suit had already been perfected when this assignment was made, and further action respecting it was then a subject for the consideration of the government of the United States and not of the Soviet government. There is no undertaking upon the part of the United States not to prosecute this appeal, and the rights to be obtained by this appeal belong to the United States by virtue of the assignment. Neither party to the exchange of diplomatic notes intended waiving rights of appeal, for they did not say so. Moreover, it is apparent that the intent was to assign all the claims of the Soviet government to the United States, and it agreed to leave undisturbed diplomatically final nonappealable judgments and decrees of the American courts touching Russian affairs and nonjudicial acts done in good faith by and with the officials of the previously recognized government of Russia. This we think was the intention on the part of the governments as stated in this exchange of correspondence. It cannot be that the parties intended to prevent an appeal, the claim of which had been assigned and which was lodged against a third party."

Demgemäß wird dem Antrag der Vereinigten Staaten stattgegeben.

Eine für die **Rechtslage der Gesellschaften des alten russischen Rechts** hoch bedeutsame Entscheidung hat der Court of Appeals of New York gefällt: *Vladikavkazsky Ry. Co. v. New York Trust Co.*, 263 N. Y. 369, 189 N. E. 456 (1934).

Es handelt sich um die Klage einer vorrevolutionären russischen Eisenbahngesellschaft auf Auszahlung eines Guthabens bei einer New Yorker Bank. Das Gericht sagt u. a.:

“We would entertain little, if any, doubt as to the correctness of the decision of the Appellate Division were it not for the fact that, since that decision was rendered, our federal government has entered into diplomatic relations with the Russian government and recognized it as a *de jure* government. In the case at bar, as in the other Russian cases which came to this court before the recognition of the present Russian government, the practical question was and is, Shall the law compel a debtor in this state to pay its debt or permit it to hold the property of its creditor indefinitely? This court definitely answered the question by deciding that, although the corporation in question was extinguished in its homeland and there deal in the eyes of the law, it continued its existence as “a juristic person with capacity to sue” in this state. *Petrogradsky Mejdunarodny Kommerchesky Bank v. National City Bank* (253 N. Y. 23, 170 N. E. 479).

The deposit was made in New York City, the home of the bank; that is where the contract obligation was created and where it is by its terms to be performed, entirely outside Russian jurisdiction. Laws of foreign governments have extraterritorial jurisdiction only by comity. *Huntington v. Attrill*, 146 U. S. 657, 669, 13 S. Ct. 224, 236 L. Ed. 1123.

The principle which determines whether we shall give effect to foreign legislation is that of public policy. *Russian Reinsurance Co. v. Stoddard*, 240 N. Y. 149, 147 N. E. 703; *Joint Stock Co. of Volgakama Oil & Chemical Factory v. National City Bank of New York*, 240 N. Y. 368, 377, 148 N. E. 552; *Russian Socialist Federated Soviet Republic v. Cibrario*, 235 N. Y. 255, 263, 139 N. E. 259.

Where there is confliction between our public policy and comity, our own sense of justice and equity as embodied in our public policy must prevail. *Russian Socialist Federated Soviet Republic v. Cibrario*, *supra*.

It is hardly necessary to state that the arbitrary dissolution of a corporation, the confiscation of its assets, and the repudiation of its obligations by decrees, is contrary to our public policy and shocking to our sense of justice and equity. That the confiscation decree in question, clearly contrary to our public policy, was enacted by a government recognized by us, affords no controlling reason why it should be enforced in our courts. *Baglin v. Cusenier Co.*, 221 U. S. 580, 31 S. Ct. 669, 55 L. Ed. 863.

We enforce the same principle even in regard to statutes of sister states. *Barth v. Backus*, 140 N. Y. 230, 239, 35 N. E. 425, 23 L. R. A. 47, 37 Am. St. Rep. 545.

The fact that the present Russian government was not recognized was not the basis of our refusal to give effect to its decrees nationalizing corporations and confiscating their property. During the period when

those decisions were made, we recognized and enforced "mere ordinary legislation" relating to "every-day transactions of business or domestic life". Petrogradsky Mejdunarodny Kommerchesky Bank v. National City Bank, supra; Matter of People, by Beha [First Russian Ins. Co.], 255 N. Y. 428, 432, 175 N. E. 118.

Prior to recognition, we clearly intimated that our decision would have been the same if at the time recognition had been granted. James & Co. v. Second Russian Insurance Co., 239 N. Y. 248, 257, 146 N. E. 369, 37 A. L. R. 720.

The general statement contained in the opinion in Salimoff & Co. v. Standard Oil Co., 262 N. Y. 220, 186 N. E. 679, to the effect that recognition of a de facto government as a de jure government is retroactive in effect and validates all the acts of the government so recognized from the commencement of its existence, must be read in connection with its context, and, as so read, it did not refer to acts sought to be given effect extraterritorially."

Mit diesen Ausführungen bemüht sich das Gericht seine jetzige Entscheidung in Einklang zu bringen mit seiner bisherigen Rechtsprechung, die vielfach (so z. B. von Makarov in dieser Zeitschrift Bd. IV S. 20) wohl nicht ganz ohne Grund anders aufgefaßt worden ist¹¹⁾.

Friede.

Frankreich

Die Rechtsprechung über das Verhältnis der Inländerklausel in den von Frankreich geschlossenen Handelsverträgen zu Art. 11 Code Civil und über die Befugnis der Gerichte zur Auslegung von Staatsverträgen

I.

In den französischen Gesetzen vom Jahre 1926 über einen Mieterschutz für Wohnräume¹⁾ und gewerbliche Räume²⁾ wurden die Vorteile dieser Gesetzgebung — von gewissen Ausnahmen abgesehen — ausschließlich den Inländern vorbehalten. Die Angehörigen zahlreicher Staaten haben sich demgegenüber vor den französischen Gerichten auf die zwischen ihrem Heimatland und Frankreich abgeschlossenen Handels- und Schiffahrts- oder Konsularverträge berufen, in denen die beiden Staaten sich gegenseitig für ihre Staatsangehörigen in bezug auf Eigentumserwerb, Aufenthalt, Miete von Wohnungen und Geschäftslokalen usw. Gleichstellung mit den Inländern zugesichert haben. Die Frage, welches Gewicht dieser Klausel der inländergleichen Behandlung gegenüber dem Ausschluß der Fremden in der Mietgesetzgebung zukommt,

¹¹⁾ Zur Kritik der Entscheidung im einzelnen vgl. (1934) 34 Columbia Law Review 962 und besonders Panter in (1934) 29 Illinois Law Review 248.

¹⁾ Gesetz vom 1. April 1926, geändert durch Gesetz vom 29. Juni 1929.

²⁾ Gesetz vom 30. Juni 1926, geändert durch Gesetz vom 22. April 1927.